

reicher Wohn gutes wolle für ihre treue, rafflose, opferwillige Weisheit, und daß der Herr der Kirche für die verwaisten Spiegel sorgen wird.

Nach dieser Auffassung ist uns nicht recht verständlich, wie seit Jahr und Tag die Kerle sich Mühe geben, die Katholiken besteuern, daß der kranke Kardinal nicht in das bessere Jenseits berufen würde, wie sie im Gegentheil diesen Tag für den großen Menschen mehr und mehr hinauszulehnen scheinen.

Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei.

Das soll nun ganz besonders aus dem Aufruf des neu eingerückten Reichsvereins hervorgehen. Auf der großen Zentrumssitzung in Köln, die, wie die „Röntische Volkszeitung“ schreibt, eine wichtige Rundgebung gegen die Konservativen und für die Einigkeit im Zentrum war, hat nach einem Bericht derselben Blattes Landtagsabgeordneter Justizrat Schmitz ausgeführt:

Was sind wir, die wir mit dem Ausdruck Kölner Richtung verdeckt werden sollen. Wir sind durch und durch katholisch bis in die Knochen! Katholisch ohne Zusatz, ohne Einschränkung!

Ich bin katholisch, kennt ihr mein u. Glauben?

Für ihn das Blut der Märtyrer verrann!

Was immer kommt, ich lass' ihm mir nicht rauben,

Bis in das Grab, ich halte fest daran!

Das ist der Schwur der Kölner Richtung! (Bravo!)

O komm, des Glaubens Leuchte,

Die nie dem Sturm sich beugte!

Du bist mir Kompaß, treu und stimm' ich ein:

Ich will katholisch, will katholisch sein!

Das ist die wahre Richtung der Kölner Richtung! (Bravo!)

Wie kann' ich jemals, Mutter, dich verlassen,

O heilige Kirche, der mein Herz geweiht!

Um süßesten Tage will ich nicht erlassen,

Ich will die Palme nach dem heilen Streit!

Der Kirche tren, bis man mich setzt ein;

Ich bin katholisch, will katholisch sein!

Das ist das Ziel und die Parole der Kölner Richtung, das ist das Ziel und die Richtung aller Mitglieder des Reichsausschusses, aller unserer Parlamentarier, das ist unser Ziel und unsere Richtung! Wir haben uns heute in dieser glänzenden Versammlung zusammengefunden, um zu betonen, was wir sind; treue Katholiken, treu unserem Heiligen Vater, treu zu den Bischöfen; wir sind nicht weniger als die anderen Katholiken, und wir lassen uns von unfreiem Katholischen Glauben nichts abhängen, von niemandem in der Welt. (Anhaltender, nicht enden wollender Beifall)

Was will Pfarrer Nieborowski noch? Mit dieser „Interkonfessionellität“ des Zentrums kann doch er sehr zufrieden sein!

Der Duellmord von Mex.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ soll die Frau des im Duell gefallenen Leutnants Haage am dem tragischen Tode ihres Gatten in keiner Weise schuldig sein. Nach offizieller Nachricht waren es aber doch gewisse Vorwürfe zwischen dem Leutnant La Valette und Frau Haage, die den Anlaß zur Duellsordnung des Ehemannes bildeten. Man kann danach nur annehmen, daß der Leutnant La Valette in irgend einer Weise der Ehre des schuldlosen Frau Haage zu nahe trat, und daß ihr Mann sodann durch den Spruch des Ehrengerichts gezwungen wurde, den Bekleidiger vor die Pistole zu fordern. Der Fall wäre dann noch viel ungewöhnlicher, als nach der offiziellen Meldung angenommen wurde. In der Geschichte der militärischen Duellsordnung ist es nicht ungewöhnlich, daß irgend eine in der Trunksucht verübte Rüpelie mit dem Blute dessen abgewaschen wird, an dem oder an dessen Angehörigen diese Rüpelie begangen worden ist. Die in ihrer Ehre gekränkte Familie wird ins Unglück gestürzt, der leichtfertige Bekleidiger und Duellmörder bleibt aber, nachdem er sein bisheroes Festungsrecht abgesehen, immer noch würdig, den Tod des Königs zu tragen.

Bei der bevorstehenden Interpellationsdebatte im Reichstage wird der Kriegsminister keinen leichten Stand haben. Zum zweiten Mal fällt ihm die Aufgabe zu, den

Militärsatz zu verteidigen, der die Autorität der Gesetze in Frage stellt. Zum zweiten Mal steht sich dem Reichstag die Gelegenheit, durch einen entschlossenen Willensact zu zeigen, daß die Gesetze im Deutschen Reich nicht dazu da sind, um vom Militär systematisch übertritten zu werden. Aber daß er diese Gelegenheit auch richtig benutzt wird — wer wäre Optimist genug, nach dem möglichen Ausgang der Abstimmung dies noch zu erwarten?

Unanständigkeiten des „Reichsboten“.

Der „Vorwärts“ hält dieser Tage über die zerstörenden Wirkungen, gelagert, die der musikalische Gassenhauer besonders in den unteren Volksschichten anrichte. Diese Mahnung nimmt der „Reichsbote“ zum Anlaß für die folgenden niedrigrangigen Bemerkungen:

Wir wüssten nicht, wo der schlüpfrige Gassenhauer als „vollwertige Volkskunst“ betrachtet würde, außer etwa in den Kreisen, die überall, wo der Kampf gegen Schwund und Schund mit Nachdruck befohlen wird, immer gleich Geschrei für die „Kunst“ wittern.... Und was die Schundliteratur betrifft, so sollte die Sozialdemokratie erst einmal unter der Kost, die sie dem Volk bietet, fürchterliche Mustierung halten.... Wie die jeweils sozialdemokratischen Niederschläge beschaffen sind, das beweisen genugsam die wirklich schauderhaften Verballhornungen von törichten Verlen aus unterem christlichen und patriotischen Gedächtnis. Diese hämmerlichen Machwerke stehen an Verflachung und Gemeinlichkeit den schlüpfrigen und albernen Gassenhauern in nichts nach. Ist es der Sozialdemokrat also wirklich ernst mit einer Herabsetzung des Geschmacks der Volksmasse, so muß sie zunächst einmal gründlich vor der eigenen Tür zu fehren anfangen.

Wir können uns eine Überlegung dieser von niedrigster Geschäftigkeit dictierten Behauptungen umso mehr erlauben, als in zahlreichen Fällen heilige Gegner der Sozialdemokratie, auch solche aus dem konservativen Lager, unserer Partei das Zeugnis gegeben haben, daß sie im Kampfe gegen wirkliche Unanständigkeiten mit in der ersten Reihe seien.

Die Änderung des Militärstrafgesetzes.

Mit ganz unverhohler Schnelligkeit wurde am Dienstag die Vorlage der Regierung, betreffend Änderung des Militärstrafgesetzes, von der Kommission in erster Lesung erledigt. Der § 68 bedroht die unerlaubte Abwesenheit von der Truppe, wenn sie im Frieden länger als sieben, im Kriege länger als drei Tage dauert, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren. Die mindeste Gefängnisstrafe beträgt 43 Tage. Der Fristenabschluß steht dann vor, daß in minder schweren Fällen, wenn die Tat nicht im Felde begangen, die Strafe bis auf 14 Tage mitlasse oder strengen Arrest ermäßigt werden kann. Die Fortschritter hatten dazu beantragt, den strengen Arrest zu streichen. Dieser Antrag wurde vom Genossen Stadhagen lebhaft unterstützt, der insbesondere darauf hinwies, daß es keine gibt, die ein innerer Drang dazu treibt, innerer wieder davongelaufen. Zu solchen Fällen und dann, wenn die Entfernung aus Misshandlung zurückgeführt wird, müßten immer mildernde Umstände zu gestanden werden.

Der Kriegsminister trat dem entgegen; er erklärte, daß eine Gefängnisstrafe von den Soldaten nachgedient werden muß, während dies bei Arrest nicht der Fall sei. Die Militärbehörde müsse überhaupt darauf sehen, möglichst kurze Strafen verhängen zu können, damit der Mann nicht allzu lange dem Dienst entzogen wird. — Der Antrag auf Streichung des strengen Arrests wurde abgelehnt und dann der Entwurf in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 70 des Wil.-Str.-G.-B. bedroht die Fahnenflucht mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, im ersten Rückfall von einem Jahre bis zu fünf Jahren, im wiederholten Rückfall mit Zuchthaus von fünf Jahren bis zu zehn Jahren. Hier liegt nun die Vorlage eines zweiten Satz ein, der bestimmt, daß in minder schweren Fällen nur ein Rückfall vorliegt, die Gefängnisstrafe bis auf drei Monate ermäßigt werden kann. Die Fortschritter wollten eine Mindeststrafe von 48 Tagen, während das Zentrum zwei Monate vorschlug. Der Zentumsantrag wurde zurückgewiesen, der Antrag der Fortschritter mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt und dann die Vorlage in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 78 des Wil.-Str.-G.-B. droht dem Strafe an, der einen anderen zur Fahnenflucht vorsätzlich verleitet oder die Fahnenflucht befördert. Das Gesetz droht Strafe von sechs Monaten bis zu 2 Jahren, im Felde Gefängnis von 5 bis 10

Jahren. Der Entwurf hält nun hinau, daß in minder schweren Fällen, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, die Strafe bis auf drei Monate ermäßigt werden kann. Auch hier hatte das Zentrum eine Mindeststrafe von 2 Monaten Gefängnis beantragt, während die Fortschritter auch hier 43 Tage als Mindeststrafe sehen wollten. Der fortschrittliche Antrag wurde wiederum mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt, der Zentumsantrag ausdrücklich und die Vorlage in der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 95 Wil.-Str.-G.-B. betrifft den Ungehorsam vor verschärfelter Haftstrafe und droht dafür, wenn die Handlung nicht im Felde begangen ist, Gefängnis oder Festungshaft nicht unter einem Jahre an. Der Entwurf will in minder schweren Fällen die Strafe bis auf 14 Tage strengen Arrest ermäßigt haben. Diese Bestimmung wurde ohne Debatte angenommen. Schließlich sollte nach der Regierungsvorlage noch dem § 110 hinzugefügt werden, daß bei bestimmten schweren Vergehen neben der erkannten Gefängnisstrafe die Versekung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig ist. Abg. Stadhagen beantragte namens der Sozialdemokraten, hinzuzufügen: „in minder schweren Fällen ist die Versekung in die zweite Klasse des Soldatenstandes ungültig.“ — Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt, dann aber auch die Regierungsvorlage, sodass diese Feste in der zweiten Lesung ausgefüllt werden musste.

Damit war die erste Lesung des Gesetzes erledigt und man kam zu der Beratung der Anträge, die über den Rahmen der Vorlage hinaus gestellt worden sind, und zwar in erster Linie zu dem Antrag der Fortschritter. Der dahin geht: „Die zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes unterliegen dem Militärstrafgesetz nur für die Dauer der Kontrollversammlung“. Der Kriegsminister erklärte diese Bestimmung für unannehmbar. Der fortschrittliche Antrag wurde dann vom Abg. Müller-Melching begründet, worauf für die Sozialdemokraten Genosse Stürtzel in eingehenden Darlegungen die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes nachwies. Der Kriegsminister erklärte wiederum, daß die Militärverhaftung sich auf eine Veränderung des bestehenden Zustandes nicht einlassen könnte. Die Debatte über diesen und einige andere Anträge wird in der nächsten Sitzung zu Ende geführt werden können.

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Eine von circa 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am Dienstag abend in einem der größten Versammlungssäle Berlins tagte, präsidierte gegen den Erlass eines Gesetzes, welches den Verkehr mit Mitteln, welche die Geburten verhindern, verhindern will.

Der erste Referent, Reichstagsabgeordneter Brech, beleuchtete den militärischen Partei, der ein Gesetz der bezeichneten Art fordert. Der Redner führte aus: Wir protestieren gegen ein derartiges Gesetz, weil es in schmachvolle Weise in die persönlichen Verhältnisse eingreift und die polizeiliche Überwachung bis ins Schlafzimmer hineinführt würde. Wir protestieren gegen ein solches Gesetz, weil es in der Praxis eine Ausnahmeklausel gegen die Arbeiter sein wird, denn die Frauen der Bürgelnden werden nach wie vor in der Lage sein, gerade so viel Kinder zu bekommen, wie sie haben wollen. Aber die Arbeiter werden sich in den Maschen des Gesetzes fangen. Da der Antrag 200 Unterschriften trägt, also die Mehrheit des Reichstages für sich hat, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß wir ein solches Gesetz bekommen. Die sozialdemokratische Fraktion kann deshalb nur die Aufgabe haben, dem Gesetz die Güte zu widerstreben, die gefährlichsten Rechtsanwendungen zu beseitigen. Große Mühe haben wir auch in dieser Hinsicht nicht. In der Bekämpfung dieses Gesetzes stehen die Männer der Bürgelnden sehr ausnahmslos auf unserer Seite. Um dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun, sind ganz andere Wege zu beschreiten, als das Verbot antikonzessioneller Mittel. Dazu sind durchgreifende soziale Reformen notwendig, wie wir sie stets befürwortet, die bürgerlichen Parteien aber immer abgelehnt haben. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent, Dr. med. Gilbertstein, beleuchtete die Frage vom Standpunkt des Arztes. Der Geburtenrückgang ist nicht ein Zeichen von mangelndem Verantwortungsgefühl, sondern ein Beweis für ein starkes Verantwortungsgefühl gegenüber der Lebensgefährten und dem Nachwuchs. Auch die Geschlechtskrankheiten wirken verhindern auf die Geburten ein. Es ist deshalb ganz verkehrt, wenn man die Mittel verbietet, welche greifen sind, die Geburten zu verhindern, denn die meisten dieser Mittel schützen auch vor Ausbreitung durch Geschlechtskrankheiten. Bekennen wir das uns drohende Gesetz, so wird die Gefahr der Volksversuchung erheblich gesteigert und die Leintinellen Aborte werden zunehmen. Das arbeitende Volk hat keine Verantlung, unbeschämend Kinder zu produzieren, damit sie auf dem Schlachtfelde der Arbeit und des Krieges niedergemacht werden. Wir können mit Prof. Baginski sagen: Will die Regierung einen größeren Österreich zum, dann soll sie die Steuer herabsetzen oder einen Teil der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdem verboten.)

Giraldi fuhr halb aus seinem Stuhle auf, sah sich über sofort wieder und fragte sie in seiner ruhigen Weise: „Was heißt jetzt?“

„Ach, daß ich kein Modell bin und daß ich jetzt vom Geschäft von Herrn Giraldi —“

„Ach was! Als ob ich mich hätte hängen lassen, wenn ich nicht gewollt hätte!“

„Also aus freien Stücken — deshalb besser! und wie nahm sie es auf?“

Giraldi brach in ein helles Gelächter aus. „Gott“, rief sie, „es war die reine Komödie, sie wußte nicht, ob sie mir auf den kleinen dankt oder mich unter die Füße treten sollte. Ich glaube, sie tat abschreckend in Gedanken bald das eine, bald das andre, während sie mit gesetzten Händen und weinend, wie ich noch kein Mädchen habe weinen sehen, vor mir stand, und dann wieder mit erhobenen Armen durch das Atelier raste, wie ich auch noch keine Heile sehen. Das eine Mal nemte sie mich eine Heilige, eine läufige Magdalene, im Weiß nicht weiß, und einer Angestalt darauf eine Dame, eine — na, ich weiß nicht was. So ging das wohl eine Stunde lang in einem Zuge, und das Ende vom Ende.“

„Doch Sie nicht wiederkommen dürfen?“

Giraldi bewegte, morgen soll ich weiterkommen, und dann soll der Zorn von neuem los, und das ist mir zu langweilig, sage ich, und ich geh morgen nicht wieder hin.“

Von beide hatte sich mit einem letzten energischen Zusammenstoßen der Eiselpfoten erhoben, Giraldi war, sich den Bart rasiend, flüchten gelassen.

„Sie haben recht“, sagte er: gehen Sie morgen nicht wieder hin, auch übermorgen nicht, am dritten Tage wird sie zu Ihnen kommen.“

Giraldi sog sich nach oben; — sie wußte sich den Raum, der das mit solcher Sicherheit sagte, als lese er es von den Papieren ab, die da vor ihm auf dem Tische lagen, genauer an.

„Vermisstest darüber, daß Sie den Brief nicht bekommen haben, welche Sie Ihnen am zweiten Tage sagten, überhaupt ein wenig die Sprüche spielen, die Ihr Herz verstanden sieht und so weiter. Wollen Sie das, und tun Sie das, so bleiben wir Freunde! wollen Sie das, und Sie mögen nicht wissen, was zum Teufel zu machen.“

„Schön gut!“ sagte Giraldi. „Nehmen Sie Mademoiselle dort hinzu; — ich werde dem jungen Dame jetzt zeigen, was belohnt von Ihnen Nachricht, Mademoiselle; für heute abend!“

Giraldi hörte raschend, daß Sie den Brief nicht bekommen haben, welche Sie Ihnen am zweiten Tage sagten, überhaupt ein wenig die Sprüche spielen, die Ihr Herz verstanden sieht und so weiter. Wollen Sie das, und tun Sie das, so bleiben wir Freunde! wollen Sie das, und Sie mögen nicht wissen, was zum Teufel zu machen.“

Bertalde, die sich erhoben hatte, war hinter den Stuhl getreten und stemmte die beiden Ellbogen auf die Lehne.

„Wenn ich nur wüßte“, sagte sie, „was Sie von der ganzen Geschichte haben!“

„Und wenn Sie das wüßten?“

„So wüßte ich auch, was ich zu tun hätte. Ich fürchte mich nicht vor Ihnen — was können Sie mir tun? aber für den armen Ottomar fürchte ich; ich möchte nicht, daß ihm ein Leid geschiehe.“

Giraldi erhob sich gleichfalls, setzte sich schräg in den Stuhl, auf welchem Bertalde saß, und nahm ihre Hände in die seinen.

„Gutes Mädchen“, sagte er, und wenn ich Dir nun schwörte, daß ich Ottomars besser Freund bin; daß er keine Geheimnisse vor mir hat, nicht einmal die seiner Schriften; daß ich es bin, der ihn eben jetzt aufgeholzt; daß er von mir die schönen Hunderttausende hat, von denen vielleicht schon einer oder der andere in Deine Tasche gewandelt ist; und falls Du mit das alles nicht glaubst, ich es Dir schwör auf weiß zeigen könnte, in Ottomars eigener Hand, was würdest Du dann sagen?“

„Gern hört“, erwiderte Bertalde.

Sie war, während er ihre Hände festhielt, um den Stuhl herumgedreht und saß plötzlich auf seinem Schoß, mit den Händen, die sie nun freigemacht, ihm den weichen, schwarzen Bart streichelnd; — höchstens, daß Sie ein prächtiger Onkel sind, wie es nicht viele gibt, und daß Sie einen Fuß verdienen — ach, was! da haben Sie einen!“

Sie hatte die Arme um seinen Hals geschlungen und ihn wiederholt, erst neckisch und dann mit einer Leidenschaft gefüllt, von der sie selbst überrascht waren und die auch ihm für einen Moment die Klarheit seiner Sinne raubte, so daß er das Messer an der Tür nicht vernahm und Bertalde erst vom Stuhl gleiten lassen konnte, als Francois bereits im Zimmer war. Bertalde hatte vor Schrecken laut aufgeschrien und eiligst den Stuhl über das Gesicht geogenen.

„Das wollen Sie?“ rief Giraldi hastig.

„Antonio, Monsieur!“ sagte Francois flüsternd;

— er bittet so dringend —“

„Schon gut!“ sagte Giraldi. „Nehmen Sie Mademoiselle; für heute abend!“

„Schön gut!“ sagte Giraldi. „Nehmen Sie Mademoiselle; für heute abend!“

„Er schaut häufig nach der Uhr zur Post, während Bertalde, von Francois begleitet, nach einer andern Uhr stützte, durch welche man in sein Schlafgemach und von dort auf den zweiten Korridor gelangte, und er öffnete es, als Bertalde im Begriff war, hinter der Poststube, deren eine halbe Stunde

für sie aufgeschlagen, zu verschwinden. Antonio, der, unmittelbar an der Tür stehend und lauschend, den Schrei Bertaldens gehört und, angefüllt, wie seine Phantasie mit Ferdinand Bilde war, bereits vorher die Stimme derselben zu erkennen geglaubt hatte, trat sofort herein; nicht eben so schnell konnte Bertalde hinausgelangen. In der Verwirrung, in welcher sie sich befand, war sie gegen die herunterhängende Seite der Poststube gerannt und hatte sich darin verwickelt. Bis sie sich mit Hilfe Francois wieder befreit hatte, dauerte es ein paar Momente — lange genug für den schräfigen Antonio, um in der Dame, die er verdrängte, zwar nicht Ferdinand selbst, aber die geheimnisvolle Unbekannte zu entdecken, welche in den letzten Tagen so regelmäßig zu

Berksammlungen u. Vereine

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltung Breslau.

Achtung! 15340 Achtung!
Holzungsmontere und Helfer.
Sonntag, den 8. März 1914, vorm. 10½ Uhr
im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses:

Branchen-Versammlung
mit ausserordentlich wichtiger Tagesordnung.
Kein Kollege darf fehlen. Mit Gruss Die Branchenleitung.

Ohlau. Transportarbeiter. Ströbel, Arbeiter-Radfahr.-Verein
Montag, 15. März, nachm. 3½ Uhr: Sonntag, den 8. März,
Mitgliederversammlung Kreisheimer. bei nachmittags 8 Uhr:

Ohlau und Märzdorf
Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Montag, 8. März, nachm. 3 Uhr:
Mitgliederversammlung

h Stannowitz, der Zweigverein Märzdorf und Ohlau. 15341
Dienstgeboten die besitzenden Klassen von Hoffmann — 80 Pf.
Zu beziehen durch die Expeditive

Am 3. März starb plötzlich unsere werte Mitarbeiterin

Frau Meta Daum
geb. Stibale

Ihr Andenken wird stets in Ehren halten

Das Personal der Firma B. Anspach

Beerdigung: Sonnabend, nachmittag, 3 Uhr von der Friedhofskapelle in Osvitz. [15337]

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die überaus prächtigen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Gatten und Vaters sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten ganz besondere den Herren Paradiesen und Herrn Pastor Bederke für die trostreichen Worte am Grabe meinen herzlichen Dank.

Breslau, den 4. März 1914. 15345

Marie Demmig geb. Zippel, nebst Kindern.

Zum Wohle der Ausgesperrten

Senden Sie den 8. und 7. März, auch 60 Pf. Schufbraten und 70 Pf. à Pfund.

Josef Stenzel, Fleischermeister,
Frankfurterstraße Nr. 169.

Züchtige Hausdame
Sorgt für Sauberkeit und lauft dazu nötwendige Bürsten, Besen, Schneetücher, Teppichklopfer etc. bei 15318

London & Co., Überstr. 5, 2. Bierzel vom Ringe.

Alte Servante,
oder Dienstm. oder Dienstm. oder
Wähler, Friederichtstraße 63a.
Befeuungen dreistlich auch mündl. 15328

Gegen sof. Zahlung
kommt gebr. Sobelhäuse, jeden Sohnen
Ziffernwertung, ganze Wechtläufe
Wähler, Friedericht. 63a. 15327

Aus der Tiefe

Arbeiterbriefe von Adolf Levenski.

Statt 1.00 Mk. nur 20 Pf.

Zu beziehen durch:

Expedition u. Kolporteure.

Stadt-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr

„Sianbart.“

Freitag 7½ Uhr:

1. Gastspiel: Russisches Ballett.

Nicopatra — Schiphilben

Der Geist des Rose-Polowezher Tänze

Sonnabend 7½ Uhr:

2. Gastspiel: Russisches Ballett:

Schiphilben — Sibilia (Kunst Tanz)

Karneval — Scheherazade.

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

(Kleine Preise.) 15227

„Jas und Blümmermann.“

Wendes 7½ Uhr:

Leichtes Gastspiel Russisches Ballett.

Nicopatra — Karneval

Sibilia (Kunst Tanz) — Polowezher Tänze

Dominikaner
Gross-Breslau 15165

Heute Donnerstag:

Elite - Vorstellung.

Grosse Konkurrenz

zwischen Herrn Weisselase und

Herrn G. Bergner, vielfach preis-

gekrönter Berufs-Athlet aus

Breslau. 500 Mark Prämie.

Frei- und Vorzugskarten gültig.

Wilhelmsburg

Samstagvormittag:
Letztes Buckfest mit Wettbewerb: Sonnabend, den 7. März;
Gr. Maßen-Stoffweiss.

ca. 10 000 Pfund blutfrische Seefische

Nordsee



Geschäft: Fodor Trapp

Nur Schmiedebrücke 19 rechts vom Ring aus, Fern- und Kaiser-Wilhelm-Straße (Wohnbogen), Bernspr. 4223.

Nur 1. Qualität: 15336

extra fetter blutfrischer **Cabliau** im Schnitt à Pf. 22 Pf.

ff. Bratfleisch } Seelachs im Schnitt } à Pf. 23 Pf.

che. Seelachs } à Pf. 29 Pf. ohne Kopf } à Pf. 48 Pf.

Steinbutt, Heilbutt, Seezunge, Blasius usw. lebende und geschlachtete Karpfen, Hechte, Schleien, Forellen, sowie alle Süßwasser- und Marinaden konkurrenzlos billig. Bitte beachten Sie die Preise.

Echte Sprotten ca. 2 Pf. bitte nur . . . 68 Pf.

Echte Kieler Sprotten ¼ Pf. nur . . . 28 Pf.

ff. Elbsprotten ¼ Pf. nur 10 Pf.

Steiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutscheine 5 Worte frei. Das erste Wort kostet. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Kronleuchter, achtarmig mit Ampel, Majolika-Hängelampe, Blitze, Sotat, billig. L. Barth, Lewaldstr. 19. [15328]

Biergeschäft mit elektrischer Koste; bringt mein Geschäft in empfehlende Grünerung, L. Barth, Lewaldstr. 19. [15329]

Damenhändler, 1. Besten einzelner Kleider, billig. L. Barth, Lewaldstr. 19. II. 15329

Kleidwagen, einfach, billig zu verkaufen. Pöpelwitzstr. 82, 4. Etg. 15332

Kochmaschine, prast. transport. zu verkaufen. Preis 25 M. Göttsche, Sojet-Breslau. 15333

Verschiedenes

Abonnenten und Leser der "Volkswacht" können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die "Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der "Volkswacht" berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die "Volkswacht" befreuen.

Durch alles dies wird die "Volkswacht" aktiv unterstützt.

Schauspielhaus
(Operettenbühne.) 15245

Donnerstag 8 Uhr:

„Die Kinokönigin.“

Freitag 8 Uhr:

„Polenblut.“

Sonntag 8 Uhr:

„Lustwühlen“

Lieblich's Etablissement

Täglich abends 8 Uhr:

Das glänzende Würzprogramm

11. a. 15251

„7 jonglierende Seelöwen.“

„Der verdornte Ehegatt.“

Sonntag, den 8. März.

Madhuitag, Vorstellung.

Viktoria - Theater.

„Der Liebesonkel.“

Ant. Wochentgl. 8, Sonntgl. 4½ U.

Nächste Nachtm.-Vorstellung.

Sonntag, den 8. März.

Bons wochentgl. gültig.

Palmengarten
Schlager der Saison.

Orangenfest in Stassn. 15262

2 Kapellen 2

Morgen Freitag erhält jeder Besucher eine Apfelsine gratis.

Wändner-Auktion.

Verlängerung bis 12. März.

Wändner, Institut, Bärenstr. 12. I.

Schweinefleisch

11. Dausch u. Schubert 55 Pf. Schub.

Schubert, Seule, Weißbrot 70 Pf. Ans-

schaff, reines Fleisch 80 Pf. Speck 70 Pf.

Käsefleisch 90 Pf. aus Seule und Wies-

Kindstein, dünnen 70 Pf. Rouladen 80 Pf.

Wurstbraten 90 Pf. Schafkäse 70 Pf.

Leberwurst 80 Pf. Schinken 70 Pf.

Geschnie 40 bis 50 Pf. nur bei R.

R. Opitz, Fleischerei, Freiheitstrasse 18.

Zum Osterfest

empföhle meinen

garantiert reinen

Seelachs

Bienen-König

in bekannt vorzüglicher

Qualität sowie feinsten

Café - Honig - Syrup

Villigste Bezugssquelle

für Wiedervertäufer.

Weltbestes und größtes

Bersandhaus

Heinr. Barteis Natüf.

21. Büherstraße 48 b

Ecke Kapellenstraße. Telefon 2121.

Arbeitsmarkt

Friseur-Lehrling

kann bald oder später treten. 3 Jahre

Lebzeit u. alles frei. Franz Kauf, Herren-

- und Damenfriseur-Geschäft, Neustadt 2. S.

Mädchen u. Frau; St. 2. Etg. a. Palais 2. Jod.

m. i. Neugebauer, Joditz 42. 15286

Während der Friseur- Lehrling

Werkzeuge, Bauhenschläge

Friedrich, Gebr.

Schmiedebrücke 24, Ecke Messergasse

Gäßchen, Nob., Nach., Altbürostr. 12.

Wild- und Geflügel.

Ubler, L. Oberstraße 2.

Böhm, Anna, Klosterstr. 17, Ed. 7183.

Böhm, Th., Klosterstr. 13.

Bröpfl, O., Gänsemarkt 18, Markt, I. Etg. 408.

Langner, Schmidgasse 18, Markt, I. Etg. 408.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Die Leute bei
Ginkofen empfohlen.

Alkoholfreies Speisehaus.

Pombra Wegenerisches
Gebäude Albrecht-
straße 44 I. Tel. 6841.

Alkoholfreie Getränke.

= **Bilz-Sinalco** =

Handels- & Branche. Hand-
Getränkefabrik 123 Altona.

Grundbrennerei Dithmarscher 123 Altona.

Stadt. G. Lohse, 12 (Brauerei).

Badner. Wiss., Dithmarsche 26.

Thomas Brause, Altenstr. 84.
Telefon 2311.

Aluminium-Küchenware.

Ges.-Gefg. Breitestr. 3, dauerh. preisw.

Bäckereien und Konditoreien

Beder, August, Bölebekstraße 5.

Fretsch, Carl, Oderstraße 29.

Gäbler, A., Leutkirchstr. 15.

Großmann, H., Dithmarscher 61.

Häberle, Max., Schienestr. 36, Meyrat.

Drämer, Altona, Dithmarscher 10.

Geibel, Max., 24 Altona, 20. Februar, 61.

Gremm, Hermann, Dithmarscher 13.

Grotte, H., Gürtel, Henrichstraße 82.

Hepner & Urner, Adler-Nähmaschinen-
Fabrik, Teilehrg.

Kellering, W., Am. Waisenstrat.

Korenz, Häberle, Henrichstraße 19.

Riedel, W., Am. Waisenstrat.

Ritter, Adolf, Henrichstraße 26.

Thomas, Wiss., Dithmarsche 4.

Ullmer, Melch., Henrichstraße 16.

Ullrich, Wilhelm, Henrichstraße 35.

Ullrich, Julius, Henrichstraße 36 (ar. Markt).

Ullrich, G. A., Wien-Väder, Albrechtstraße 10.

Ullrich, Theodor, Bölebekstraße 21 (gr. Markt).

Wanzl, Josef, Altona, Dithmarsche 2.

Wenzel, August, Altona, Dithmarsche 24.

Wenzel, Th., Friederich-Naefestraße 50.

Wittler, Otto, Waisenstraße 22.

Schmidt, Wiss., Margaretenstraße 15.

Schnabel, Karl, Grünstraße 33.

Ullrich, Hermann, Dithmarsche 136.

Welt, Wilhelm, Weltstr. 22, neu über-

nommen. Inh. Steinmeyerstraße 8.

Badeanstalten.

Brüderh. Bad, Neue Straße 14.

Badewannen.

Steinmann, Dr., Tonnenstr. 178, 30-31.

Bandagisten.

Walter, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Rein, Joh., Sünderup, 17/18.

Betten u. Bettfedern.

Beder, G., Küstendammestr. 4, pl. I., II., III.

Geißel, Max., Aufzugsmechaniker 10.

Geschw. Kapit., Andersensstraße 2.

Zissler, E., Bölebekstraße 72, r.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Sacra, C. H.

Brauerei „Zum Naschbaum“

Ullrich, G., Henrichstraße 14.

Genossenf.-Brauerei, Friedl-Gast- u.

Sanftw. Bierb. Bölebekstraße 29.

Genossenf.-Brauerei, Sanftw. Bierb.

Gen. Vollat., Ruhlsdorf 64, P. C. Ullrich.

Hopf & Göcke, Jubiläums-
Biff.

Hövener, Max., Friederich-Wilhelmstr. 45.

R. Jäde, Locobierbroueri A. - G.

Eichberg, Vertreter: Karl

Döpple, Bielefeld, Al. Friedensstr. 8/10.

Kern, Josef, Oderstraße 3.

Penker's Brauerei Delon.: Hiltig, Vor-

länder, Küttelstein, Preußen.

Schwarze Krähe Neumarkt.

Menzel, A., Aufzugsmechanik 5, 6.

Rehse, Paul, Ritterstr. 53.

Schiel, Franz, gr. Lubenstraße 76.

Vogel, E., Neustadtstraße 28.

Werner, F. W., Brauerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlensäure.

Zschomme, Wiss., Tonnenstrasse 11.

Glanzsch., Paul, Schmidstraße 53.

Billard-Fabriken

Keiser-Gade, Ölblauer-
str. 42.

Bürsten-Fabriken

Heineuer, Altenstr. 83, grüne u. rote Markt.

Gipper, Alb., Kreisgefecht 1. Haus-

haltungsbüro, Gräßelstraße 14, Part.

Zorn, G. B., Laubestraße 33 (neue Seite).

Café

Cafe Germania, Weltstr. 632, G. B. Dr.

Stolz-Gießek., Café, Weltstrasse 58.

Bogenz-Café, Ring, Elisabethstr. 6.

Cafe Victoria, G. B. Weltstr. 65.

Carnevals-Artikel.

Maskenverleihung.

und. Osk. Schlier (Germany)

Theaterkostüm, Masken-Versandhaus

Kohlenstr. 14, r.

Samson-Konfektion

Wicker, Weichsel, Schmidstraße 42.

Drogen und Farben

Ullrich-Drogerie, Bölebekstraße 22.

Ullrich-Drogerie, Bölebek 47, G. B. Dr.

Höche, G., und. Metzgerei Höche.

Ullrich, Höche, Bölebekstraße 15.

Ullrich, H., Bölebekstraße 104.

Ullrich, Gustav, Sonnenstrasse 16.

Ullrich, Gustav, Gräßelstraße 56.

Eisen- u. Stahlwaren

Wolff, Oskar, Weltstr. 170, Schmidstr.

Wolff, Oskar, Weltstr. 18, (Weiterstrasse)

Wolff, Oskar, Weltstr. 23/25, Bölebek.

Wolff, Oskar, Weltstr. 25, Bölebek.

Färberei- und Nähmaschinen

Wolff, Oskar, Weltstr. 26, Tel. 986.

Wollnau, 24/25

Wollnau, 24/25, Tel. 986.

Wollnau, 24/25

2. Beilage.

Deutscher Reichstag.

227. Sitzung.

Mittwoch, den 4. März, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: Kräfte, v. Falckenbach.
Zunächst wird gemäß den Anträgen der Geschäftskommission die Genehmigung zur Einleitung von Privatverfahren gegen die Abg. Bruhn (Antis.) und Boeck (Soz.).

Es folgt die

Bieklampf-Interpellation

des Zentrums.
Kriegsminister v. Falckenbach erklärt, daß die Interpellation im Laufe der nächsten Woche beantwortet werden wird.
Hierauf werden die zurückgestellten Abstimmungen aus dem Kabinett und dem Etat der Verwaltung der Reichsbahn

gegen die Abg. Bruhn (Antis.) und Boeck (Soz.) nicht erzielt.

Hieraus wird die zweite Lesung des Postetats

fortgesetzt.
Abg. Diaz (Zent.): Im Verkehr mit der Schweiz sollte das 10 Pf.-Postlo eine eingeführt werden. — Die vorläufigen Sendungen bezeichnen im allgemeinen die Ausübung oder Fortsetzung unlauterer Beziehungen. Zu welchem Resultat haben die Verhandlungen darüber bisher geführt? Zum mindesten müssen solche Sendungen die volle Adress des Absenders enthalten. Das Postamtrecht muß den Beamten im vollen Umfang gewahrt bleiben, allerdings wäre es gut, wenn die Petitionen erst den Zustellern wären, ehe sie an den Reichstag gelangen. Voransichtung ist dabei natürlich, daß die Verwaltung die Petitionen nicht jahrelang unbeantwortet lassen läßt.

Staatssekretär Kräfte: In der Sache der vorläufigen Sendungen schwanken noch Ermittlungen.

Abg. Falter (Platt.): Am Interesse der Arbeiter habe ich an die gleichen Beschwerden und Wünsche vorgunten, wie im letzten und vorletzten Jahre. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Zieckenbau-Solonnen verlangen Unterkunftsräume, einen einheitlichen Lohn und bei auswärtiger Beschäftigung eine Abgabe, wie das bei allen anderen Verwaltungen üblich ist. Die Rechnungsprüfung der Arbeiterdienststelle der Zeilenbahnen arbeitet in das Bevölkerungsamt hier bedeutend für die eine große Härte; siehe dadurch stets um drei Jahre hinter Postboten, die zur gleichen Zeit eingetreten sind, zurück. Die Befreiungen der Arbeitsausschüsse sollen erweitert werden. Arbeiterausschüsse werden, die sich besonders für ihre Kollegen ins Auge legen, werden vielfach aus persönlichen Gründen versetzt. Ferner wird in Arbeiterausschüssen gewünscht. Direkte Vorgesetzte sollten an den Ausschüssen nicht teilnehmen.

Abg. Hubrich (Wpt.): Das deutsche Postwesen steht noch immer an der Spitze gegenüber allen anderen Ländern. Für das Scheitern der Fernsprachgebührenordnung haben wir nicht die Verantwortung, sondern die Rücksicht auf die Voraussetzung. Wir wollen eine Verbilligung der Fernsprachgebühren auf dem Lande nicht mit einer Verbesserung in den Städten erlaufen. (Sehr richtig! links.) Der Redner bringt eine große Reihe von Wünschen einzulösen Gruppen von Beamten und Unterbeamten vor und begründet eine Resolution, die für die unteren Beamten das geforderte Leistungsmass an wöchentlichen Dienststunden herabzusetzen und den Erholungsurkund zu erhöhen. Den Organisationen ist dies nicht möglich, aber der Staatssekretär hat sein Wort der Abwehr gesetzt. Dies Verhalten mußte natürlich scharf kritisiert werden. Wir tun das ungern, als andere Parteien, denn wir wissen, daß die Postbeamten es nicht wagen können, sich als Sozialdemokraten zu betonen. Der Staatssekretär aber tut ja, als ob wir hier unbedeutende Angestellte ganz allgemeiner Art gegen die Postbeamten erheben. Er hat dabei wohl einen vom Abg. Sachse vorgebrachten Fall im Auge, in welchem Sachse die Postwürfe zurückgenommen hat, als sie sich in dem gerichtlichen Verfahren als unberichtigt herausstellen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär sollte also endlich aufhören, uns mit dieser ganz halslosen Beschuldigung zu kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Er wird sich damit absündern müssen, daß wir auch in Zukunft für den Schutz der Postbeamten gegenüber Anstrengung und gegen ungünstige Bezahlung eintreten werden, sowie gegen jedes sonstige Unrecht, das ihnen zugefügt wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Haesch (Els.): Bei der Behandlung der Zaberner Angelegenheit durch den Staatssekretär ist der Eindruck erweckt worden, daß der Staatssekretär seine Beamten nicht gedeckt, sondern gegebenenfalls bestrafe Befehlungen preisgegeben hat. (Sehr richtig! bei den Els. und den Soz.) — Aus dem Els. wurde ein Poststellenleiter lediglich deshalb verurteilt, weil er von einem anderen angezeigt wurde, er habe in einer lustigen Beleidigung ein preußenspezifisches Gedanken geäußert. Dabei ist die Beleidigung wahrheitswidrig; ich bitte den Staatssekretär, den Fall noch einmal zu prüfen. — Den Wünschen auf Bevestigung der Beamtenverhältnisse kann ich mich anschließen. Zum Schluss bitte ich noch, dem Bundesstaat Elsaß-Lothringen ein besonderes Postabkommen zu gewähren.

Staatssekretär Kräfte: Neben die Zaberner Angelegenheit habe ich lediglich geant., daß Verhältnisse vorgekommen sind

und daß sie untersucht werden. Den anderen von dem Abgeordneten angesuchten Fall kenne ich nicht.

Abg. Roske (Soz.): Nach dem gestrigen Vorstoß des Staatssekretärs gegen den Abg. Zubel muß man fast annehmen, der Staatssekretär empfinde jede Rede, die nicht in eine Lobesprache auf seine Verwaltung ausstrahlt, als eine verbündete Besiedigung. Dabei läßt unsere Postverwaltung noch viel zu wünschen übrig, sie schwingt sich nicht mit der Wohlwollen der Bevölkerung ein, ich verweise nur auf die ungünstige Verwendung von Automaten. Auch durch seine Ausführungen über die Fernsprachgebührenordnung hat der Staatssekretär von neuem gezeigt, daß ihm das Verständnis für die Bedürfnisse des Verkehrs, des Handels und der Industrie abgeht. Die Klagen über den Mißbrauch mit

postlagernden Briefen

sind übertrieben; eine Erschwerung dieses Verkehrs würde übrigens sicherlich nicht den Mißbrauch treffen, sondern lediglich den Verkehr zu ernsten und geschäftlichen Zwecken. — Die Argumente, die die Herren von der rechten Seite alljährlich gegen die Verbrennung von Frauen bei der Post vorbringen, sind durch die Wiederholung nicht überzeugender geworden. Die Herren beginnen übrigens mit der Entherrnung der Frauen aus der Postverwaltung eine schwere Schädigung des Mittelstandes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Denn gerade dessen Tochter werden doch als Postgehilfinnen verwendet. Wir verlangen für sie angemessene Bezahlung und Schutz vor Überanstrengung. — Der Rat der Postwürfe, für die unteren Beamten das Leistungsmass, wöchentlichen Dienststunden herabzusetzen und den Erholungsurkund zu erhöhen, stimmen meine Freunde zu. — Man verübt es den Beamten vielfach, daß sie sich mit ihren Beauftragten an einzelne Abgeordnete wenden. Würden sie durch Beamtauschschule Schutz vor Maßregelungen haben, so brächten wir uns nicht mit solchen Kleinigkeiten zu beschäftigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Staatssekretär auf die vielen vorgebrachten Beschwerden sein Wort des Entgegenkommens gestern geäußert hat, so offenbar deshalb, weil es sich nur um die Beschwerden am ersten Ende handelt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unruhe rechts.) Den Vorwurf, daß er seine Beamten in Zabern gegen schwere Beschuldigungen nicht in Schutz genommen hat, hat er nicht widerlegen können. Er hat seine Beamten glatt fallen lassen. Neuerdings sind ja auch anlässlich der Telegramme des Kronprinzen und des Herrn von Pelet-Racoupeau schwere Beschuldigungen gegen Postbeamte in Zabern und Straßburg erhoben worden, selbst vor dem schweren Vorwurf des Landesverrats ist Herr Ziegler in Straßburg gegenüber den elsässischen Beamten nicht zurückgeschreckt, aber der Staatssekretär hat sein Wort der Abwehr gesetzt. Dies Verhalten mußte natürlich scharf kritisiert werden. Wir tun das ungern, als andere Parteien, denn wir wissen, daß die Postbeamten es nicht wagen können, sich als Sozialdemokraten zu betonen. Der Staatssekretär aber tut ja, als ob wir hier unbedeutende Angestellte ganz allgemeiner Art gegen die Postbeamten erheben. Er hat dabei wohl einen vom Abg. Sachse vorgebrachten Fall im Auge, in welchem Sachse die Postwürfe zurückgenommen hat, als sie sich in dem gerichtlichen Verfahren als unberichtigt herausstellen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär sollte also endlich aufhören, uns mit dieser ganz halslosen Beschuldigung zu kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Er wird sich damit absündern müssen, daß wir auch in Zukunft für den Schutz der Postbeamten gegenüber Anstrengung und gegen ungünstige Bezahlung eintreten werden, sowie gegen jedes sonstige Unrecht, das ihnen zugefügt wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hubrich (Wpt.): Auch meine Freunde sind mit den vorgebrachten Wünschen der Beamten einverstanden. Die Betriebskrankenkasse der Post brauchen dringend einen erhöhten Zuschuß. Von einer Selbstverwaltung ist bei ihnen keine Rede. — Den Organisationen gegenüber soll man nicht so ängstlich sein; es handelt sich doch nicht um Kampforganisationen, sondern um Verbände, die Hilfsgruppen der Verwaltung sein wollen. Die Beamtauschüsse würden dem ganzen Vertriebe zum großen Vorteil gereichen. Heute herrscht überall Selbstverwaltung, als Oberlehrer habe ich sogar meinen Schülern Selbstverwaltung gegeben, wodurch ihr Vertrauen nur verstärkt worden ist. Da ist es auch an der Zeit, mit der Bevormundung der Belegschaft ein Ende zu machen. (Bravo! im Zent.)

Staatssekretär Kräfte: Herr Roske bemerkte ich, daß ich keineswegs nur den von dem Abg. Sachse vorgebrachten Fall im Auge hatte. Auch der Abg. Haesch brachte einmal zur Sprache, es seien an eine russische Studentin gerichtete Briefe auf der Post geöffnet worden; aber die Ermittlungen ergaben, daß gar kein Anlaß zu der Beschuldigung der Verlegung des Briefgeheimnisses vorlag. Ebenso hat der Abg. Singer im Jahre 1908 behauptet, das Briefgeheimnis werde sozialdemokratischen

Abgeordneten gegenüber verletzt. Auch diese Behauptung entsprach nicht den Tatsachen. Und auch der Abg. Sachse hat seinen Vorwurf erst zurückgenommen, als ich ihm vorhielt, daß er es noch nicht getan habe. (Abg. Roske (Soz.): Früher konnte er es gar nicht.)

Abg. Dr. Tertel (Mon.): Ich halte Zabern bleibt ich dabei, daß der Staatssekretär seine Pflicht verletzt hätte, wenn er anders gehandelt hätte. Den Postagenten gegenüber hat er sein warmes Wohlwollen belohnt. Hinsichtlich erreicht dies Wohlwollen im nächsten Jahre einen solchen Wärmegrad, daß es auch Taten erzeugt. (Heiterkeit.) Wünche für Beamte haben wir auch viele auf dem Herzen, haben sie aber dem Abkommen gemäß nicht geäußert, wie andere Herren, denen ihre uneigennützige Liebe für die Beamten keine Ruhe ließ. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.)

Abg. Dr. Straße (Wpt.): Die „Liebe“ der Konservativen zu den Beamten zeigt sich darin, daß sie als einzige Partei gegen die Beamtauschüsse sind. (Sehr gut! links.) Redner äußert weiter einige Wünsche verschiedener Beamtenkategorien. In Bezug auf die Fernsprachgebührenordnung hat der Staatssekretär meinem Freunde Kiel ganz unbegründet Vorwürfe gemacht. — In der Zaberner Angelegenheit bleibt es bestehen, daß der Staatssekretär die Beamten in einer Weise preisgegeben hat, wie es in keiner anderen Verwaltung denkbar wäre. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Kräfte: Ich kann nur nochmals wiederholen, daß tatsächlich eine große Anzahl Sendungen schwer bebildigen den Anhänger an den Oberst v. Reuter ausgehändigt worden sind. In Bezug auf die Gebührenordnung weise ich die Insinuation des Abg. Straße zurück.

Vizepräsident Döbe: Den Ausdruck „Insinuation“ würde ich bei einem Abgeordneten mit einem Ordnungsruf rügen. (Lebhafte Bravorufe links.)

Abg. Haase (Soz.): Der Staatssekretär hat den gegen den Abg. Sachse erhobenen Vorwurf trotz der wiederholten Richtigstellung nicht zurückgenommen. Sachse hat in gutem Glauben und loyal gehandelt, und sich nur in dem einen Punkte geirrt, daß nicht ein Beamter der Post richtigwidrig gehandelt hat, sondern ein Polizeibeamter.

Seine irrtümliche Behauptung hat er hier bei der ersten Gelegenheit richtiggestellt. Das hätte der Staatssekretär schon längst anerkennen müssen. Der Staatssekretär aber hat ganz allgemeine Vorwürfe gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben, und in seiner Verlegenheit um Verweise auf einen Vorhang von vor 10 Jahren zurückgegriffen. Die Tatsachen aber hat er unrichtig dargestellt. Ich sprach damals nicht zum Post-Elft, sondern zum Elft des Auswärtigen Amtes, und brachte zur Sprache, daß die russische Regierung ein Sozialistenschlüssel mit einer Art eingerichtet habe, und daß die Spiegel die Treffsicherheit und Gewissenlosigkeit befassen, sich an Postbeamte heranzumachen, um sie zu Plichtwidrigkeiten zu verleiten. Die Richtigkeit dieser Tatsachen hat der preußische Minister des Innern damals im preußischen Abgeordnetenhaus zugestanden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Postbeamten besaßen soviel Rückgrat, den Anschuldigungen der Spiegel zu widerstehen, und nur ein einziger war einen Augenblick schwach geworden. Ich halte diese menschliche Schwäche für begreiflich, und habe den Beamten nicht bloßgestellt. Als der Staatssekretär schon damals mit großer Entschiedenheit die Sache so darstellte, als ob ich die Postbeamten angegriffen hätte, erwiderte ich ihm, daß ich das keineswegs getan, daß ich auch nicht verlange, daß der betreffende Postbeamte, der den Verlockungen eines Spikers unterlegen ist, zur Rechenschaft gezogen werde, sondern ich verlange, daß den Spijkern, die die Beamten von ihrer Pflicht abwendia zu machen suchten, daß sie anwandt werden. Wenn der Staatssekretär nach 10 Jahren noch nicht das Verständnis für die Motive genommen hat, aus denen heraus ich damals gesprochen habe, und wenn er noch nicht den Unterschied begriffen hat, der darin besteht, ob man russische Spione im Interesse der Reinlichkeit angreift, oder Postbeamte, so beweist er nur, daß manche Menschen einer Entwicklung nicht fähig sind.

Vizepräsident Döbe: In Bezug auf den Staatssekretär ist dieser Ausdruck nicht zulässig. Wir verstehen es ja vollständig, und wissen den Zweck der Niedigung zu würdigen, wenn der Staatssekretär, um Herrn v. Reuter, die Kreuzzeitung und ähnliche Organe zu schützen, eine Attacke gegen die Sozialdemokratie reitet. Aber auch die bürgerlichen Parteien in diesem Hause werden zugestehen müssen, daß er Vorbeeren dabei nicht getrunken hat. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Es bleibt bestehen, daß der Abg. Haase damals gesagt hat, daß ein an eine russische Studentin gerichteter Brief auf der Post geöffnet worden ist. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist ja wahr!) Und ich habe es für ungünstig gehalten, daß der Abg. Haase diesen Vorwurf widerrufen hätte.

Leutnant v. Forstner wegen Soldatenmisshandlung verurteilt.

Vor dem Kriegsgericht in Bitzsch hatte sich in den letzten Tagen, wie erst jetzt bekannt wird, Leutnant v. Forstner wegen Soldatenmisshandlung zu verantworten. Unter anderem war ihm vorgeworfen worden, daß er eine große Anzahl schwerer Vergehen des Sergeanten Hößlich gegen elsässisch-lothringische Recruten geduldet habe. Sergeant Hößlich wurde zu 18 Tagen Mittelarrest, v. Forstner zu 14 Tagen Stubenarrest verurteilt. Die Soldaten, die über den Vorfall gesprochen hatten, erhielten 5, 4 und 2 Wochen strengen Arrest.

Der Mann scheint in allem ein Mistker zu sein. Es ist übrigens wieder für die Militärische bezeichnend, daß die Soldaten, die über den Vorfall in begreiflicher Erregung gesprochen hatten, härter bestraft wurden, als die Recrutenempfänger. Damit ist klar ausgesprochen, daß der Militarismus in den Reichslanden die Offenheitlichkeit mehr fürchtet, als die schlimmsten Soldatenabschredereien.

* * *

Der Sohn Forstner und der Fasching. Die „Weissenburger Zeitung“ veröffentlicht folgendes Kulturbild aus Lauterburg:

Lauterburg, 26. Februar. Das dreißährige Faschingstreiben hatte hier eine seltsame Höhe erreicht. Sein möglichstes hat dazu der Karnevalverein Rheinhochland beigebracht. Große Heiterkeit erweckte eine kostümierte Gruppe, den Leutnant Forstner darstellend. Einem jungen, mit Degen bewaffneten Leutnant folgte ein Lahmer Schuster mit Soldaten, hierauf ein unbescholtener Bäcker, der einen Stoffbündel und eine Wurstfrau, welche ein mit Senf bestreichenes Brötchen zur Schau trug.

Der Herr sag. Die „Parteien“ schämen vor mir unter dem Schlag der Narrenprätze.

Von einem Hund totgebissen.

Von einem tragischen Missgeschick wurde die Familie des Fleischermeisters Hochstetter in Dortmund betroffen. Das 1½ Jahre alte Mädchen wurde, als es mit dem Hund spielt, von diesem in den Kopf gebissen und starb kurze Zeit danach an den erlittenen Verletzungen. Der Hund wurde getötet und der Kadaver zur Verzehrung eingetsetzt.

Aus aller Welt.

Explosion riesiger Patronenmengen.

Zwei Personen getötet, drei schwer verletzt.

In Hamburg ereignete sich am Mittwoch nachmittag in der Altenhandlung Franz Schwabe eine folgenreiche Patronenexplosion. An der Unfallstelle sind vier Jüge der Hamburger Feuerwehr. Ein Brand ist nicht ausgebrochen. Die Explosion erfolgte beim Umladen von 65000 französischen Metallpatronen der Firma Schneider-Le Creuzot, die in einem Schuppen lagen. Der Schuppen stürzte ein und bildete einen Trümmerhaufen. Die Scheiben und Fensterlaternen in der Umgebung des Schuppens sind zertrümmert. Zwei Arbeiter wurden getötet und drei schwer verletzt, eine Person wird vermisst. Man befürchtet, daß sie ins Wasser geschwemmt wurde und ertrunken ist.

Ein neues Mittel gegen die Tuberkulose?

In einer Sitzung des Aerztevereins in Frankfurt a. M. hat der Frankfurter „Generalanzeiger“ erfahren, Geheimrat Professor Spies zum ersten Male öffentlich Kenntnis gegeben von einem von ihm entdeckten neuen Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose beim Menschen, einer Goldantharzin-Verbindung, welche durch Einspritzung in die Beine in die Blutbahn eingeführt wird und dessen Anwendung eine Erfolgsrate von 90% nicht ausschließt. Trost erweckender Erfolg während der zweijährigen Exprobung, besonders bei Rektoskop-Tuberkulose, sind, das bestätigte der Vortragende, zur völligen Exprobung des Mittels noch Versuche in größerem Umfang erforderlich.

Der Neffe eines Kardinals vor Gericht.

In Rom fand am Montag ein Sensationsprozeß statt, in dem ein Kardinal ein Neffe des Kardinals Damiani Gianni Bonelli Bannuelli stand. Der junge Mann war der Gehörte angeklagt, weil er im Auftrage seines Freundes Biscoglio eine Anzahl Juwelen verfertigte, die Biscoglio seiner eigenen Mutter geschenkt hatte. Mit dem Prozeß der Juwelen, der zehn Tage auf den Platz kam, spiel-

ten in Monte Carlo und landeten schließlich in Amerika. Das geheimnisvolle Band, das Biscoglio an den Kardinalenfamilie fesselte, war dessen schönste Erinnerung. Er kann auf den Freuden begleitet.

Bei dem Prozeß kam es zu einer überaus dramatischen Szene. Als die befreilene Mutter ihres (in Amerika gelebenden) Sohnes in Schutz nahm und eine Anspielung machte, daß ihr Sohn das Opfer der schönen Circé Bannuelli geworden sei, fuhr der Angeklagte auf: „Meine Frau ist eine anständige Frau, was man von gewissen anderen römischen Damen nicht sagen kann!“ Raum hatte er dies gesagt, da stürzte sich der im Zuschauerraum anwesende zweite Sohn der Signora Biscoglio auf den Angeklagten und prügelte ihn durch, während sich Bannuelli nach Kräften wehrte. Mit großer Mühe vermochten die Karabinieri endlich die beiden Kämpfer zu trennen. Der Präsident sagte: „Es ist ein wahrer Skandal, daß Angehörige der guten Gesellschaft sich so aufführen.“ Da indessen die beiden Männer sich um diese Mahnung nicht kümmerten, bliebte fortwährend, sich im Zorn der Zuschauern zu beschimpfen, bis der Präsident die Sitzung für zwei Stunden auf. Das Ende vom Ende war, daß der Kardinalsfamilie wegen Habserei zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

Wieder ein Justizvertrümm aufgedeckt.

Der Kaufmann Georg Ehrhardt in Frankfurt a. M., ein vorbestrafter Mann, wurde im vorigen Jahr von der Frankfurter Strafammer wegen verschwiegener Diebstähle in Frankfurt a. M. zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß Ehrhardt unbeschuldigt verurteilt worden war, da man den richtigen Täter inzwischen gesucht hat, wie die „Kleine Presse“ meldet, die Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. telegraphisch die Entlassung Ehrhardts aus dem Zuchthaus versucht, indem sie gleichzeitig dem Strafling mitteilte, daß sie einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu seinen Gunsten gestellt habe.

Ein Dampfer gesunken.

Der Dampfer „Stadt Norden“ ist Dienstag nach bei Norderney mit einer großen Ladung Mehl gesunken. Die gesamte Mannschaft wurde unter sehr schwierigen Umständen durch ein Norderneyer Rettungsboot nach Norderney gebracht, wo alle Personen völlig erschöpft und teilweise ertrunken darnieder liegen. Dampfer und Ladung sind verloren.

zvg. Dr. Bräuer sieht den Staatssekretär nochmals, weshalb gegen die „Kreuzzeitung“ nicht vorgegangen worden ist, die den Vorwurf des Hochverrats gegen Postbeamte erhoben hat.

Staatssekretär Stäble: Es sind nur allgemeine Bemerkungen durch die Zeitungen gegangen, direkte Beleidigungen nicht. (Lebhafte Widerspruch links.) Wie der einzelne Beamte bestraft wird, wird im Wege der Verwaltung geregelt, Klusur darüber zu geben, halten Sie wohl selbst nicht für angbracht, ich würde einem solchen Wunsche jedenfalls nicht entsprechen. Damit schließt die Debatte.

Abg. Haase (Soz. persönlich): Der Staatssekretär hat behauptet, ich hätte am 22. Februar 1904 einem Postbeamten den Vorwurf der Pflichtverletzung gemacht. An diesem Tage habe ich überhaupt nicht gesprochen. (Hört, hört bei den Soz.) Und der Herr, der so vorgeht, vindiziert sich die Legitimation, anderen in diesem Hause Vorlesungen über Inkorrektheit zu halten. Ich habe am 19. Januar gesprochen, und nur Tatsachen vorgebracht. Der in Betracht kommende Beamte hat seine momentane Schwäche selbst tief bedauert, es wäre unverantwortlich von einem Abgeordneten, wenn er unter solchen Umständen einen Beamten hier ans Messer liefern würde. (Sehr wahr!) Deshalb habe ich aus Mitgefühl den Namen verschwiegen und habe außerdem noch erklärt, daß ich nicht der Postverwaltung einen Vorwurf mache, sondern den Spießeln. Loyales kann man nicht handeln. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus den Aussführungen des Staatssekretärs geht jedenfalls hervor, wieviel das Maß seiner Gewissenhaftigkeit und Belehrbarkeit geht. (Präsident klopft auf den Redner zur Ordnung.)

Staatssekretär Kräfte: Im Vorlesen der Daten habe ich mich allerdings geirrt. Es war am 22. Februar, als ich meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Abgeordnete Haase keinen Vorwurf nicht zurücknahm. (Zuruf b. d. Soz.: Es war doch wahr.)

Damit ist die Debatte wieder eröffnet.

Abg. Haase (Soz.): Zwischen der Auseinandersetzung des ehemaligen Staatssekretärs und der meinigen wie wohl des ganzen Hauses besteht eine unüberbrückbare Kluft. Es ist allerdings Pflicht, etwas durchzunehmen, was man im Falle um hier verhaupt hat. Was ich aber vorgebracht habe, entsprach der Wahrheit. Ich habe doch erklärt, weshalb ich den befehlenden Beamten — wie ich jetzt hinzufüge, auf seinen eigenen Wunsch — damals nicht genannt habe. Vielleicht versteht das der Herr Staatssekretär schließlich auch. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Debatte schließt aufs neue.

Die Resolution Hubrich (Bp.) auf Herabsetzung des Leistungsnachos der Unterbeamten an wöchentlichen Dienststunden und auf Erweiterung ihres Entlohnungssurtaus wird angenommen. Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluss 7½ Uhr.

Braunschweiges Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung.

Mittwoch, den 4. März 1914, vor mittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trott zu Solz. Thür.

Nach kurzer Debatte wird das Ausgrabungsgesetz endgültig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung des Moorträgergesetzes auf Pommern und Schleswig-Holstein.

Der Handels-Stat — Fortschreibung.

Zazu liegt ein nationalliberaler Antrag vor, der rechtseitige Maßnahmen fordert, die bei der in Aussicht stehenden Neuverfassung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirklichen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten. (Abg. Höpfl (Kon.): Wir halten an der bisherigen Zollpolitik fest und fordern eine rechtzeitige Vorbereitung der neuen Handelsverträge, um unsere Position den russischen und österreichischen Forderungen gegenüber zu stärken. Durch die Einführung des Schuhzolls hat sich unsere ganze Wirtschaft glänzend entwickelt. Wir wollen mit der Industrie zusammen die Frage der Handelsverträge lösen. Vor allen Dingen müssen wir noch mit mehr Staaten als bisher durch Handelsverträge in seine Beziehungen treten. Die Zusammenfassung des jüngsten Reichstages läßt uns eine sehr dünne Zukunft erwarten. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Verstärkung der Sozialdemokratie ist die Situation der Regierung hinsichtlich der Aufstellung neuer Zollvereinigungen geworden. Leider wünscht auch die Volksparcie den Abbau des Zölles. Deswegen ist eine Sammlung aller Freunde der bewährten Schutzpolitik notwendig. (Lebhafte Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow: Der Zolltarif von 1902 hat den Anforderungen einer gelungenen Wirtschaftspolitik entsprochen und die produktiven Kräfte des Landes entwickelt. Vor allem haben unter seiner Herrschaft die Interessen der Arbeiterschicht keinen Schaden genommen. Das beweist die allgemeine Lohnsteigerung und die bessere Lebenshaltung. Zu einer grundlegenden Änderung des Zolltarifs fehlen die Voraussetzungen.

Eisenbahners Ende.

Ein tragisches Geschick hat die Familie Reckmann in Walstedde betroffen. Zwei ihrer Söhne sind bereits im Dienste der Eisenbahn ums Leben gekommen. Am Dienstag geriet der dritte, der Rangierer Reckmann zwischen die Räder zweier Züge und wurde erdrückt.

Der redliche Finder wird gebeten . . .

In dem belgischen Blatt „Le Soir“ befand sich dieser Tage folgende Anzeige: „In Berlin gerieten in der am 29. Januar in Minnec expedierte Waggons Nr. 116.249 mit einer Fracht von 10.000 Kilo Holz. Der Finder erhält Belohnung Chaussee de Minnec Nr. 570, Brüssel. — Da in Berlin gesetzte Eisenbahnwaggons mit 10.000 Kilo Holz nicht so leicht in die Tasche zu stecken sind wie etwa verloren gegangene Brieftaschen oder Brillantringe, ist immerhin Aussicht vorhanden, daß der also angekündigte Verlustgegenstand schließlich gefunden wird. Der Verlustanzeiger ist indes ein Mann von Humor, denn er wollte mit seiner Annonce nicht allein zu seinem 10.000 Kilo Holz kommen, sondern auf diese sinnige Weise denjenigen andauernden belgischen Eisenbahnhandal charakterisieren. In Belgien hat alle Welt über diese Annonce gelacht, megenommen die Eisenbahnverwaltung natürlich, die nicht nur den Waggons, sondern längst den Humor verloren hat.“

Eine Hammerstein-Ministrazione. Ein Steckbrief der Sozialistischen Staatspartei rüttet die schöne Zeit der Hammerstein-Herrschaft in der „Kreuzzeitung“ ins Gedächtnis zurück. „Voraus,“ einst die bevorzugte Geliebte des bestechenden Direktors der „Freudzeitung“ und Reichsabgeordneten Direktors von Hammerstein, wohnte seit ihrem Tod im Binninger Schloßchen, eine Pension in der Nähe von Basel (Schweiz). In der Stadt Basel selbst durfte sie nicht wohnen, da sie hier bereits zwei Jahre Gefängnis wegen schwerer Verbrechen verbüßt hat. Ueber die erforderlichen Reise, um Hammerstein den besten und vornehmsten Service zu leisten, verfügt die Tochter nicht mehr, sie hat deshalb ihr Gewerbe etwas geändert. Während sie noch früher den Männern selbst hingab, führt sie ihnen in letzter Zeit junge Mädel, zum Teil Rödchen unter 16 Jahren, zu. Um das Geschäft voll auszunützen, beging sie u. a. bei Appenzell an ihren Kunden die üblichen Geprägungen. Vor einigen Wochen hat sie einen hochangestiegenen Arzt in Basel berichtet, weil er sich bei Besuchungen der Tochter nicht mehr erwähnen konnte. Durch diesen Fall wurde das Treiben der Tochter bekannt und die Staatspartei leitete eine Strafanzeige gegen sie ein. Als man den Vogel erlangte, wußte, war er bereits ausgelogen.

Daher wird der Zollschuh weiter geschwächt noch verstärkt werden. Die Regierung wird der Verlängerung der bestehenden Tarifverträge nicht entgegenstehen. Nur wenn die anderen Vertragsstaaten nicht den gleichen Standpunkt einnehmen, wird die Frage einer Zolltarifnovelle brennen. Die Regierung wird sich durch Vorarbeiten zu diesbezüglichen Verhandlungen rüsten. (Lebhafte Beifall rechts.) Auf jeden Fall wird die Regierung an der bisher befolgten Zoll- und Handelspolitik festhalten. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Herold (Btr.): begründet einen vom Zentrum gemeinsam mit den Freikonservativen eingebrochenen Antrag, der den Nationalliberalen Antrag dahin ergänzt, daß der Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen auf Grund der bis herigen Wirtschaftspolitik gewährleistet werden sollte.

Abg. Freiherr von Bredig (Freitoni): Hoffentlich besteht auch der heutige Reichstag eine schuhzöllnerische Mehrheit, um die Angriffe der Freihändler abzuwehren. Unsere Schuhzollpolitik ist die Voraussetzung für den Wohlstand unserer Nation. Wir begrüßen die Erklärung der Regierung und erwarten die Annahme des nationalliberalen und unseres Antrages durch eine umfassende Mehrheit.

Abg. Dr. Pagnitz (Wpt.): Wenn den Konservativen nicht

eine zugleichige Wahlparole fehlt, würden sie am liebsten den Reichstag auflösen. Die Rechte der Schuhzollpolitik ist die Rechte der Kartelle und Trusts. Sie (nach rechts)

schädigen durch Ihre Handelspolitik die wirtschaftliche Stellung Deutschlands zum Auslande.

Abg. Leinert (Soz.): Dem nationalliberalen Antrag können wir nicht zustimmen, noch weniger dem Zusatzantrag des Zentrums und der Freikonservativen. Man will die Regierung zugunsten der Industrie und des Großgrundbesitzes schützen und gibt vor, die Zollpolitik im Interesse der Arbeitersklasse zu betreiben. Aber man beachte nur den himmelweiten Unterschied zwischen der Lage der Arbeiter und der Lage der Rentiergenten, denen der Zollschuh zugute kommt. Es handelt sich um alles andere, als um einen Akt der Unrechtmäßigkeit. Die Bestrebungen der Schwerindustrie gehen dahin, einen Kohlenzoll einzuführen und den Eisenzoll zu erhöhen. Der ganze Zolltarif ist nichts als eine Frage des Verdienstes der Interessenten. Der Zollschuh ist der Anfang geworden zu der Kartellierungsbewegung, zur Bildung von Miesenbetrieben in der Industrie. Die Veranlagungen zum Wehrbeibring zeigen, wie die Zahl der Millionäre in Deutschland gewachsen ist. Die heutige Wirtschaftspolitik hat die Großbanken zu Herren unserer Volkswirtschaft gemacht, durch Kreditentziehung zwangen sie alle Miesenjäger in die Kartelle hinunter. Auf dem Berliner Arbeiterkongress hat der christliche Führer Stegerwald Mildeungen der Zollpolitik verlangt, aber was kümmert sich das ararische Zentrum um die Interessen der christlichen Arbeiter! Der Kapitalismus verschuldet die schweren Krisen mit ihren Elendserhebungen durch die Zollpolitik raubt man das Volk aus, zu ihrer Verschärfung tun sich jetzt Großagrarien und Großindustrie, Konservativen und Nationalliberalen zusammen und das Kartell „der schwäbischen Stände“ kreist nach Anebelung der Arbeiter, nach Ausnahrmegelegenheit, damit sie sich die schlimmste Ausbeutung widerstandlos gerallen lassen müssen. Der Minister und die Zolltarif stellen es so hin, als lebten die Arbeiter im Schlaraffenland. Neben Neunzehntel der erwachsenen erwerbstätigen Bevölkerung hat aber ein Jahresgeehnkommen unter 900 Mark. Von der ungeheuren Steigerung des Reichstums, von den Milliarden und Millionenvermögen spricht niemand, denn sonst würde man allgemein erkennen, daß man nur deshalb höhere Zölle fordert, um den Reichen, die die anderen für sich arbeiten lassen, die Taschen noch mehr zu füllen. Dieser Raubzoll, zu der sich die Volksfeinde vereinigen, kann nur ein Ende gemacht werden, wenn die vielen Arbeiter, die unsinnigweise diese Politik noch unterstützen, sich von ihr abwenden und wenn dem Kartell der rassenden Stände der Bund aller schaffenden Hände entgegengesetzt wird! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Smisserer (Platt.): erklärt sich mit dem Antrag Bredig-Herold einverstanden, ebenso mit der Regierungserklärung die das Ausland vor handelspolitischen Angriffen warnt.

Ein Schluskantrag wird angenommen, die Abstimmung über den Antrag selbst ausgekehrt.

Abg. Hammer (Kon.): begründet in den hierauf beginnenden allgemeinen Besprechungen des Handelssets einen Antrag auf Schutz der elektrotechnischen Kleinindustrie und der Installateure, sowie der Stromverbraucher gegenüber den Elektrizitätsgesellschaften. Der Redner betrachtet im übrigen sehr ausführlich die konservativen und Mittelfassungsfordernisse.

Minister v. Sydow: sagt zunächst Verstärigung der konser-

vativen Forderungen zu und kündigt eine Warenhaushaltser-

verordnung und ein staatliches Einschreiten zum Schutz der Elektrizitätsverbraucher ihm, gegen die Übermacht der Werke an. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr.

Fortschreibung der Beratung des Handelssets.

Schluss 5 Uhr.

Schlesien und Böhmen.

Zur Reichstagwahl Samstag-Österreicher-Schwerin.

Die Agitation zu der Nachwahl, die am 17. März stattfindet, wird von den Parteien immer eifriger und rücksichtiger betrieben. Der deutsche Reichsmarsch-Kandidat, der sonst eigentlich keine Kandidatur hat, hält in den verschiedenen Orten der vier Kreise Versammlungen ab. Die Wahlen sind für ihren Standorten, Präsidentenwahl, der zwar noch nicht offiziell aufgestellt ist, sehr erfolglos. Sie halten täglich und besonders Sonntags viele Versammlungen ab. Redner sind meistens polnisch-katholische Geistliche und auch polnische Berufsbewohner, welche von zwei bis drei anderen Geistlichen und auch polnischen Berufsbewohnern assistiert werden. Sie gehen sogar so weit, daß sie in deutschen Gegenden Versammlungen einberufen, in denen nur deutsch geredet wird.

Für unseren Kandidaten, den Genossen Wilhelm Schulz, gestaltet sich die Agitation dagegen schwierig. Gleichwohl ist doch in dem riesig ausgebauten, 3482 Quadratkilometer umfassenden Wahlkreise nur in vier Orten Versammlungskomitee zur Verfügung. Da wo wir Polen zu erlangen versuchen, welchen die Worte teils dem deutschen, teils dem polnischen Druß. Daher sind wir nur auf die schriftliche Agitation angewiesen. Das erste Flugblatt ist bereits am letzten Sonntag, so wie die uns zur Verfügung stehenden Kräfte ausreichend, im ganzen Wahlkreis verbreitet worden. Dieses Flugblatt, das auch die Militärvorlage und die riesigen Kosten des Militarismus darlegt, hat es den Polen angetan.

Die polnische Presse, wie der „Ordenskönig“, „Deutsch-Poznan“ und andere, fällt in unsicher Weise über uns her und nennt uns Geißler. Sie behaupten, wir hätten zur Heeresvorlage, die 120.000 Mann mehr Soldaten erfordert, beigetragen, weil wir nicht als Heute „ohne Vaterland“ gelten wollten.

Man muß fragen, wo die Geißler gründet ist, bei den Polen oder bei dem deutsch-nationalen Reichsmarsch, der uns fortwährend nennet. Die polnische Presse aber, die der polnischen Reichsfraktion so nahe steht, sollte wissen, daß es unmöglich ist, daß die Sozialdemokratie für die Heeresvorlage eingetreten ist oder sie gar beschlossen hat. Sie muß wissen, daß die Sozialdemokratie mit aller Energie gegen die Heeresvorlage gekämpft hat. Dagegen haben die Polen wiederholt für die Heeresvorlage gestimmt. So haben sie im Jahre 1893 mit ihren Stimmen den Auschlüsse zu Gunsten der Militärvorlage.

Hirschberg, 5. März. Nach winter in Niedergebirge. Im Gebirge ist es noch einmal richtig Winter geworden. Dienstag morgen präsentierte sich nicht nur das ganze Gebirge, sondern sogar das Tal wieder im weißen Wintergewande. Im Tal verwandelte sich allerdings der Schnee bald wieder in Wasser, im Gebirge blieb er jedoch bis weit in die Vorberge herab liegen. Die vergangenen Gebirgsstädtchen boten wieder einen eindrucksvollen Anblick. Im Laufe des Dienstag läuft sich Weiter auf, gleichzeitig sinkt aber das Thermometer. Dienstag abend waren auf dem Gebirgsplateau 6 Grad kalte, im Tale 0 Grad. Der Schneeschmelze auf dem Gebirge liegt 10 Centimeter hoch, so daß wieder Wintersport getrieben werden kann. Mit den Schlitten kann man sogar delnähe wieder bis vor die Gebirgsdörfer fahren.

Hirschberg, 5. März. Selbst in einer Kellnerin. In der Nacht zum Mittwoch hat sich die Kellnerin Maria Matzschner in ihrer Wohnung erhängt. Was das 24-jährige Mädchen in den Tod getrieben hat, ist ratselhaft. Sie hatte erst vor einigen Tagen hier eine Stellung angestrebt, die ihr aber gefündigt worden war. Die Matzschnerin stammt aus der Gegend von Bad Salzbrunn.

Kynau, 5. März. Bau der Wehrkirch-Talsperre. Im letzten verregneten Sommer sind 40.000 Kubikmeter Mauerwerk fertiggestellt worden. Die Bauleitung hofft, mit den übrig bleibenden 50.000 Kubikmetern im Laufe dieses Jahres fertig zu werden. Es werden neun Baumonate angenommen, in denen 400 Arbeitskräfte tätig sind. Schon in den nächsten Wochen treffen 200 Maurer, zumeist Italiener ein und ergänzen den fehlenden Bestand von gleichfalls 200 Steinbrechern, Schlossern und Schmieden. Letztere haben in drei großen Steinbrüchen das Mauerungsmaterial beschafft und handwerklich direkt an der Sperrmauer gelagert, so daß jetzt die Maurer leicht Arbeit haben. Unter normalen Verhältnissen bliebe die Maurer im November die Talsperre fertiggestellt sein, und es könnten dann die Maschinenfabriken die Eisenkonstruktionen einsetzen. Rechnet man diese Ergänzungen hinzu, dann ist anzunehmen, daß die Talsperre im Sommer nächstens abgeschlossen werden kann. Das Sturzbeden vor der Sperrmauer ist auch vollendet. Auch das Kraftwerk für die Bedienung des zu Errichtenden Elektrizitätswerkes geht seiner Vollendung entgegen. Die neue Staumauer im Sädelertal ist fertiggestellt, doch wird der zweite Teil für den Fahrerlehr erst freigegeben, wenn der Frost aus dem Boden verschwunden ist. Gegen Ende des Sommers werden sämtliche Häuser und Wirtschaften im Sädelertal, so wie die in Touristenkreisen bekannte Lamühle, abgebrochen, da sich über diesen Plätzen zuletzt der Staumauer entwidelt wird. Die Provinz beobachtet, den Staumee mit verschiedenen Fischarten zu bestücken, wird aber nicht die Fischerei im Großen verhindern, sondern Warten für Angler verlaufen. Die Mauerkrone wird nicht als Fahrradstraße ausgebaut, dagegen für den Fußgängerverkehr freigegeben.

Einheimische Arbeiter werden leider beim Bau der Talsperre fast garnicht beschäftigt, obwohl sie zu Tausenden arbeitslos sind und hungrig.

Reichenbach, 5. März. Revision im Mielczynski-Brotzeit. Wie das Wolfsche Telegraphenbüro meldet, hat der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Revision eingereicht. — Revisionen in Schwergerichts-Prozessen werden sehr selten von der Anklagebörde eingereicht und sie können sich nur stunden auf prozessuale Verstöße oder wenn sich die Geschworenen zu Ungunsten des Angeklagten getreten haben.

Gleiwitz, 5. März. Feuer auf dem Lande. Aus unbekannter Ursache entstand gegen 3½ Uhr morgens in dem benachbarten Mariendorf in der Scheune des Besitzers Breitkreuz Feuer. Als die ersten Bewohner zu Hilfe erschienen waren, brannte bereits eine weitere Scheune. Beim Eintreffen der Spritze waren zwei Scheunen, 3 Säle und ein Arbeitshofmühle in Flammen. Ein Teil des Inventars und der Erntevorräte ist mit verbrannt, das Vieh konnte gerettet werden. Die Feuerwehren hatten bis mittag mit den Aufräumarbeiten zu tun.

Lungenkrank und Blutarme

machen vorzügliche Kuren mit Dr. Fehrlins Histosan (Biweiss-Guajacol-Verbindung D. R. P. 162656). Seit Jahren in ständigem Gebrauch in den berühmten Lungenheilstätten von Davos, Arosa, Leydis, Bozen, Meran etc.

Stirn, Tablett oder Pulv. in Orig. Packung Mk. 3.20. ¼ Schachtel Tablett. Mk. 1.80. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, Pro. von der Stadtapotheke, Singen a. H. Prospekte etc. durch die Histosanfabrik Schaffhausen (Schweiz) Singen a. H. (Baden).

DEUTSCHES REICHSPATENT
162656
Dr. Fehrlins
HISTOSAN
Oxolide-Lösungen
+ Sirup

— Ein städtischer Theaterzugang von 800.000 Mark erhalten die Leipziger städtischen Theater. Es waren 900.000 Mark beantragt, aber die Stadtverordneten stimmten 100.000 Mark ab.